

1946-10-13

„Die Union“

Zwischen den Wahlen

Zum zweiten Male schicken sich die Wähler der Sowjetzone an, über den politischen Weg der Zukunft zu entscheiden. Erst ging es um die Rathäuser unserer Gemeinden, diesmal geht es um die Landesregierung. So wie es in den breiten Volksmassen verschiedene geistige Richtungen gibt, soll auch in unseren Parlamenten das politische Bild nicht eintönig uniformiert, sondern mehrgestaltig sein. Aber das Volk wünscht nach den üblen Erfahrungen der gehässigen Dissonanzen der Weimarer Zeit demokratische Harmonie zwischen den großen Parteien, sie sich ihm zur Wahl stellen, und lehnt augenscheinlich auch die Zersplitterung in kleine und kleinste Parteigruppierungen ab. Keine Partei soll herrschen, keine Weltanschauung, die während der Zeit der Diktatur ihre innere Widerstandskraft erwiesen hat, soll bei der Formung des öffentlichen Lebens an die Wand gedrückt werden. Vielmehr sollen alle im edlen Wettkampf sachlicher Aufbauarbeit und in ehrlicher Darlegung ihrer politischen Fernziele gemeinsam an dem gewaltigen Werk der Notwende mitarbeiten. Die Überwindung der materiellen Nöte des Tages, die uns jetzt vor dem nahenden Winter besonders vordringlich vor Augen stehen, kann nie und nimmer das Werk einer Partei allein sein; der große Lastenausgleich zwischen noch Besitzenden und der Masse der durch Hitlers Schuld zu völlig besitzlosen degradierten Millionen bedarf ernstester Überlegung aller ehrlichen Demokraten und Antifaschisten, ob sie nun im christlichen, marxistischen oder liberalen Lager stehen.

Während des letzten Wahlkampfes konnte man manchmal den Eindruck haben, als sollte aus dieser Massennot parteipolitisches Material geschlagen werden. Dafür muss uns die Not zu ernst und heilig sein! Aus diesem Grunde durfte auch unsere Stellungnahme zu den unzähligen, oft unsachlichen und nicht selten direkt persönlichen Anwürfen während des Wahlkampfes nicht dem Grundsatz entsprechen: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!“ In Presse und Versammlungen mag es kämpferisch und mitreißend wirken und rauschenden Beifall finden, wenn man einen Gegner so richtig „in den Sand setzt“, und hoffentlich wird niemand daran zweifeln, dass auch wir Leute mit solchen Fähigkeiten hätten! Aber christlich wäre das nicht! Und dem Ziele, das wir verfolgen, Brückenbauer im Volke zu sein, würde es erst recht nicht dienen.

Wir schrieben am 24. Juli an dieser Stelle über den Stil unseres Wahlkampfes und gaben am Schluss dem Wunsche Ausdruck, dass nach unseren Versammlungen auch im politischen Gegner kein schmerzhafter Stachel zurückbleiben möge. Und wir wiederholen mit noch tieferer Überzeugung diese Mahnung und Hoffnung heute erneut. Unser Volk muss aus der sturen Leidenschaftlichkeit in der Beurteilung weltanschaulicher Fragen heraus und zur ruhigen Sachlichkeit und brüderlichen Verständigungsbereitschaft erzogen werden, damit wir im Andersdenkenden nicht den Feind sehen, den wir hassen, sondern den deutschen Mitmenschen, den wir achten und zu verstehen suchen.

Unser Wahlerfolg am 1. September ist ehrlich verdient. Wir haben keinen Wähler durch bloßen demagogischen Stimmenfang gewonnen, sondern durch ganz positive Darlegung unseres politischen Willens. Es ist zweifellos, dass wir noch größeren Erfolg hätten haben können, wenn wir nicht so viel von unserem christlichen Sozialismus gesprochen, wenn wir unsere christliche Ausgangsstellung nicht so klar betont hätten. Tausende sind uns in der Wahlzelle davongelaufen, weil ihre ganze Sorge eben nur um das persönliche materielle Wohl ging, weil sie in völliger Verkennung unserer Gesamtlage nach dem totalen Zusammenbruch von Volk und Staat immer noch ihr kleines „Ich“ allein ganz groß sahen. Wir konnten das ahnen! Wir hätten für manche „bürgerlicher“ sprechen und auch schreiben, uns auf den „antimarxistischen Komplex“ einseitig festlegen, wir hätten unsere christliche Zielsetzung verschämt etwas mehr in den Hintergrund schieben können, - sicher wäre dann der äußere Erfolg der Union noch größer gewesen. Aber Aufgabe unserer Partei konnte und kann nie sein, nur um jeden Preis Wähler zu gewinnen, selbst auf Kosten unserer ehrlichen politischen Idee. Wir wären dann nur ein Haufen politisches Treibholz geworden, ähnlich der NSDAP unseligen Angedenkens, die vor 1933 allen Egoisten alles versprach (um freilich später nichts zu halten!) und so zum politischen Wasserkopf mit allen inneren und äußeren Merkmalen eines solchen wurde. Nein, unsere CDU soll auf solidem, tragfähigem Boden wachsen, ihre Mitglieder und Wähler sollen überzeugt zu ihr stehen, weil sie wissen, wofür sie sich entschieden haben.

Die CDU nimmt das Christentum nicht als Monopol für sich in Anspruch, hat es nie getan und dürfte es nie tun. Aber sie ist als einzige der drei antifaschistischen Parteien unter dem Gesetz angetreten, dass sie den Grundsatz „Religion ist Privatsache“ ablehnt und auch die politischen Entscheidungen bewusst vom Gewissen her gestalten will. Wir sprechen keinem anderen das Recht ab, die Politik vom historischen Materialismus her oder nach liberalistischen Grundsätzen formen zu wollen, und wir verachten erst recht niemanden, der sich dazu bekennt. Aber wir verlangen objektiv Anerkennung auch für unser Recht, die christliche Idee zum Grundsatz unseres politischen Handelns zu machen. Dass es über diese verschiedenen Ausgangsstellungen Auseinandersetzungen geben wird und muss, ist selbstverständlich, braucht aber durchaus kein Schaden zu sein, wenn dieselben sachlich, ehrlich und mit dem besten Willen, einander immer besser zu verstehen und gemeinsam dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen, geführt werden. Unser Volk ist nun einmal keine „gleichgeschaltete“ Masse von Menschen, wie sie Hitler unter Gestapozwang vorgetäuscht hatte. Aber geistige Spannungen brauchen keinesfalls zur Explosion zu führen, sondern können sogar motorische Kräfte entwickeln, die das Ganze fördern. Es hängt dabei alles davon ab, dass auf allen Seiten und Lagern der gute Wille zur Zusammenarbeit stärker ist als alle Machtgier einseitiger Herrschaft. An solcher Haltung wird es die CDU nicht fehlen lassen!

Die geradezu erschütternde leidenschaftslose Sachlichkeit und Objektivität des Nürnberger Urteils, dessen Freisprüche aus verständlichen Gefühlen heraus im In – und Ausland heftiger Kritik begegnen, mag das eine Gute für sich haben, dass hier ein Beispiel gegeben wurde, wie „Gerechtigkeit die Grundlage der Staaten“ werden muss. Erst wenn wir in innen – wie außenpolitischen Fragen überall wieder gelernt

haben werden, nüchtern und kühl die Dinge zu sehen, wie sie sind, jenseits aller Rachegefühle und Hassreaktionen, erst wenn wir alle Vorurteile überwunden haben (und wären sie Jahrzehnte oder Jahrhunderte alt!), wenn wir ohne Hintergedanken ehrlich begegnen werden; erst dann wird eine wahrhaft schöpferische Demokratie wachsen, die uns zum reifen Staatsvolk macht. Die CDUUnion will aus christlicher Verantwortung heraus zu ihrem Teile zu solcher Entwicklung beitragen. Auch im Wahlkampf wollen wir keinen Augenblick der brennenden Not der gegenwärtigen Stunde und der historischen Aufgaben neuer Staatsgestaltung in der Zukunft vergessen und darum weniger das Trennende als das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, wirklich „Union“ d.h. als Brückenbauer heraus aus den geistigen und materiellen Trümmern der Vergangenheit zu einem zufriedenen und friedlichen Staat der Deutschen . Sollte dieses Werk nicht gelingen, wenn auf allen Seiten der gleiche Wille zum Durchbruch kommt?